

## A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Hendrik Hering, Jens Guth, Michael Hüttner, Nina Klinkel, Hans Jürgen Noss und Heike Scharfenberger (SPD)  
– Drucksache 18/6955 –

### Treffen rechtsextremistischer Netzwerke im Westerwald

Die Kleine Anfrage – Drucksache 18/6955 – vom 17. Juli 2023 hat folgenden Wortlaut:

In den vergangenen Monaten kam es zu verschiedenen Treffen und Veranstaltungen rechtsextremistischer Netzwerke im Westerwald. Darunter waren Treffen in der sogenannten Fassfabrik in Hachenburg, einem Lokal in der Ortsgemeinde Mehren und zuletzt in einer Grillhütte in der Stadt Daaden. Auch aus anderen Bundesländern ist bekannt, dass sich die rechtsextremistische Szene zunehmend im ländlichen Raum trifft, wobei die Treffen der Stärkung und Verfestigung rechtsextremistischer Strukturen sowie der Verbreitung rechten Gedankenguts dienen. Laut Medienberichten kamen die meisten Teilnehmenden der Treffen jedoch nicht aus der Region Westerwald selbst, sondern sind aus ganz Deutschland und dem nahen Ausland angereist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Treffen der rechtsextremen Szene gab es in den letzten beiden Jahren im Landkreis Altenkirchen und im Westerwaldkreis?
2. Welche Gründe gibt es für die Häufung dieser Treffen in der genannten Region?
3. Welchen rechtsextremistischen Gruppierungen können die Teilnehmenden dieser Treffen zugeordnet werden?
4. Was ist über die Etablierung rechtsextremer Netzwerke in Rheinland-Pfalz bekannt?
5. Was unternimmt die Landesregierung, um zukünftige rechtsextreme Treffen in der Region zu verhindern?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

E: 07.08.2023  
18/7165



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM DES INNERN  
UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des  
Landtags Rheinland-Pfalz  
Herrn Hendrik Hering  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

7. August 2023

Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Hendrik Hering, Jens Guth, Michael Hüttner, Nina Klinkel, Hans Jürgen Noss und Heike Scharfenberger \*  
(SPD)  
betr. „Treffen rechtsextremistischer Netzwerke im Westerwald“  
- Drucksache 18/6955 -

Vorbemerkung:

Rechtsextremistische Veranstaltungen stellen eine nicht unerhebliche Gefahr und nachhaltige Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Diese Aktionsformen dienen der Rekrutierung und Vernetzung der Szene über alle Länder-, aber auch über alle Altersgrenzen hinweg. Sie stellen einen Nährboden für Hass und Gewalt dar, weshalb die Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz hiergegen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

\*) Die Fragestellerin hat mit Wirkung vom 1. August 2023 ihr Mandat niedergelegt.



Zu den Fragen 1 und 2:

Nach Kenntnis der Landesregierung fanden im Landkreis Altenkirchen und dem Westerwaldkreis im Zeitraum von Juni 2021 bis Juni 2023 Treffen der rechtsextremistischen Szene in einem mittleren zweistelligen Bereich statt.

Ländliche Treffobjekte haben bundesweit für die rechtsextremistische Szene einen zunehmend hohen Stellenwert als Rückzugs,- aber auch Agitationsort. Sie werden für eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten genutzt, darunter Partei- und Stützpunktabende, Vortragsveranstaltungen, Musik- und Liederabende sowie Selbstverteidigungs- und Kampfsporttrainings. Bei den genannten Landkreisen kommt für die Szene begünstigend deren geographische Lage im Drei-Länder-Eck Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz hinzu. Die Szene profitiert hier aufgrund der verkehrsgünstigen Anbindung an die B3 und B45 von der Möglichkeit, sich im Bedarfsfall kurzfristig örtlich verlagern zu können.

Zu Frage 3:

Nach Kenntnis der Landesregierung lassen sich dem Teilnehmerfeld der eingangs genannten Veranstaltungen insbesondere Angehörige der Kleinstpartei „Der III. Weg“, der „Jungen Alternative“ und der „Neuen Rechten“ zurechnen.

Musik- und Konzertveranstaltungen - wie beispielsweise das aufgelöste Rechtsrock-Konzert in Daaden am 3. Juni 2023 - werden hingegen insbesondere von subkulturell geprägten Rechtsextremisten besucht, also solchen, die keinen rechtsextremistischen Ideologiehintergrund, sondern eine eher diffuse Weltanschauung mit einzelnen rechtsextremistischen Einstellungen und Argumentationsmustern verzeichnen. Zum überregionalen Teilnehmerfeld kommen ferner Mitglieder neonazistischer, teilweise militanter Gruppierungen und Kameradschaften hinzu.





Zu Frage 4:

Das Ministerium des Innern und für Sport unterrichtet die Öffentlichkeit in ihrem jährlichen Verfassungsschutzbericht über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen, von denen Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen.

Aktuell lässt sich nach Kenntnis der Landesregierung allein im Westerwaldkreis, namentlich in den Räumlichkeiten der „Fassfabrik“ in Hachenburg, der Versuch der Bildung und Etablierung eines überregionalen rechtsextremistischen Netzwerks beobachten.

Im Landkreis Altenkirchen fanden zudem seit August 2022 in der Gaststätte „Landhaus Mehren“ Veranstaltungen verschiedener Akteure der rechtsextremistischen, vor allem aber der „Reichsbürger“-Szene statt.

Zu Frage 5:

Um rechtsextremistische Veranstaltungen in der Region Altenkirchen / Westerwald zu verhindern, setzt die rheinland-pfälzische Landesregierung auf ein dreistufiges Konzept aus Prävention, Detektion und Reaktion. Insbesondere die rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden werden auch künftig in Zusammenarbeit mit den Kommunen alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um entschieden gegen jede Art von Extremismus vorzugehen und zu verhindern, dass sich rechtsextremistische Veranstaltungsortlichkeiten regional verfestigen und Verfassungsfeinde ungehindert ihre Strukturen stärken und ihr verabscheuungswürdiges Gedankengut verbreiten können. Im Zusammenhang mit dem Rechtsrockkonzert vom 3. Juni 2023 fand beispielsweise im Nachgang eine gemeinsame Besprechung mit Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Verwaltungen sowie den Sicherheits- und Ordnungsbehörden statt, in der die Einsatzmaßnahmen nachbereitet und die künftigen rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Vermietung der Veranstaltungsortlichkeit



erörtert wurden sowie auf das Beratungsnetzwerk Rechtsextremismus unter dem Dach des Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz hingewiesen wurde.

In Vertretung

Simone Schneider  
Staatssekretärin